



Presserklärung

15. Dezember 2025

Das Pogrom in Sydney fordert deutsche Politik heraus

Der fürchterliche terroristische Mordanschlag in Sydney macht hoffentlich jetzt auch dem letzten Ignoranten klar, wie lebensgefährlich die Situation für Jüdinnen und Juden mittlerweile geworden ist. Es herrscht ein weltweit aufgeheiztes Klima, in dem nicht nur der klassische Antisemitismus wieder gedeiht, sondern die humanen Grenzen, Gewalt gegen Juden anzuwenden, immer weiter gesenkt werden. Es muss alles unternommen werden, um diese Eskalation von Hass und tödlicher Gewalt gegen Jüdinnen und Juden zu stoppen! Gerade in Deutschland.

Dieses Klima ist dadurch genährt worden, dass Kritik an Israel mit Hass gegen Jüdinnen und Juden verbunden wird, selbst wenn das nicht immer das ausdrückliche Ziel ist. In der Öffentlichkeit wird Israel immer mehr mit Jüdinnen und Juden gleichgesetzt und sie damit missbräuchlich als Akteure von Terror und Apartheid identifiziert, gegen die man dann legitimerweise glaubt, alle Mittel anwenden zu dürfen. Das beginnt bei Boykottforderungen und endet noch nicht beim ESC. Tatsächlich spielt Kritik an Israel oft das Spiel der Hamas und weitet deren Terror vom 7. Oktober 2023 auf die ganze Welt aus. Obwohl militärisch unterlegen, siegt sie absurderweise dennoch. Eine knappe Mehrheit

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklarungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

11/2025

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de



der Deutschen teilt mittlerweile die Auffassung, dass Israel so schlimm sei, wie die Nazis, was den Schluss nicht fern legt, dass Juden die neuen Nazis seien. Hier wird ein gefährliches Spiel gespielt, obwohl viele glauben, sie seien genau mit solchen Aussagen moralisch auf der richtigen Seite. Das Gegenteil ist der Fall!

Herausgefordert sind wir alle, was die Solidarität mit den jüdischen Gemeinden und Jüdinnen und Juden in Deutschland anbetrifft. Insbesondere ist nun aber die Politik gefordert. Es muss endlich Schluss damit sein, dass allgemein geäußelter Antisemitismus strafrechtlich nicht sanktioniert werden kann. Dies hat mit freier Meinungsäußerung nichts zu tun! Tatsächlich handelt es sich um mentale Mittäterschaft an Vorfällen wie in Sydney.

Es ist ein Gebot der Stunde, die entsprechenden strafrechtlichen Gesetze deutlich zu verschärfen und so der immer wieder geäußerten Aussage, dass keine Form von Antisemitismus in Deutschland geduldet werde, gerecht zu werden. Das Pogrom in Sydney fordert ein entschlossenes Vorgehen heraus. Andernfalls ist unser Land mitschuldig an der Wiederholung solcher Vorfälle.

Dr. Gerhard Wegner

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklärungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

11/2025

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de